

nen. Hier haben wir in Ostdeutschland ein Instrument entwickelt, das es erlaubt, notwendige Arbeiten beschäftigungswirksam zu fördern und zugleich wettbewerblich zu vergeben, so daß die Durchführung in der Wirtschaft effizient erfolgt und nicht wettbewerbsverzerrend wirkt. Das heißt, hier ist ein Bereich, wo wir in Ostdeutschland im Transformationsprozeß eine neue Entwicklung angeschoben haben, und die müßten wir nun nur einbringen. Das steht für mich als eines der wesentlichen Beispiele, wie aus dem Transformationsprozeß auch für Gesamtdeutschland Dinge entwickelt werden können.

Ein weiterer Bereich, der sehr beachtlich ist, sind die Solidaritätsleistungen, die wir bei den ostdeutschen Lehrern sehen. Sicherlich aus der Not geboren, sind hier die Modelle Arbeitszeitverkürzung statt Entlassungen beispielhaft und sollten auch stärker in Westdeutschland wahrgenommen und möglicherweise auch berücksichtigt werden. Ansonsten wird man da auch ähnliche Probleme in einer Zeit geringer Geburten bekommen.

Also hier eine zentrale Aussage für den Ausblick: Spezifische ostdeutsche Probleme sind hier häufig nur krasser, treten aber auch in Westdeutschland auf. Für diese Probleme muß man dann in ganz Deutschland Lösungsansätze auf der Grundlage unserer Erfahrung formulieren. Das wäre mein Beitrag zum Ausblick.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen herzlichen Dank, das war ein breites Spektrum. Herr Dr. Lubk.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch ich danke für die Einladung, die gestern zu dieser Beratung an mich ergangen ist, gibt sie doch noch einmal Gelegenheit, auch aus der Kenntnis der beiden letzten Tage, einige Dinge hier darzulegen.

Ich kann nahtlos an die Ausführungen von Herrn Dr. Schmachtenberg anknüpfen, daß es zu den wesentlichen Ergebnissen des Transformationsprozesses gehört, daß in Ostdeutschland nach den Beschäftigungseinbrüchen der Jahre 1991 bis 1993 inzwischen fast das Niveau der Erwerbstätigkeit – wie es in Westdeutschland existiert – erreicht wurde.

Auch die weitgehende Wahrung des sozialen Friedens zählt zu den Ergebnissen eines erfolgreich bewältigten Transformationsprozesses.

Zuzustimmen ist der Feststellung, daß es eine abnehmende Akzeptanz der Parteiendemokratie gibt; dies scheint aber erklärbar, wenn z. B. jede der Parteien mit eigenen Befunden zu den Problemen von Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit aufwartet. Der Bürger scheint es leid zu sein, sich in diesem Gegeneinander noch zurecht zu finden.

Zu den Anmerkungen über die Eigentumsfrage erlaube ich mir den Hinweis, daß auch dies ein Beispiel sein dürfte, bei dem Sachaufklärung dringend notwendig ist. Nach den vorliegenden Analysen des Sächsischen Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen handelt es sich bei den Auseinandersetzungen häufig nicht, wie allgemein angenommen, um ein West-Ost-Problem,

sondern um ein Problem zwischen Bürgern, die die DDR verlassen hatten und denen die geblieben sind.

Im übrigen sollte man die Bedeutung des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ für die Wiederherstellung eines Rechtsbewußtseins nicht unterschätzen.

Standortbestimmung und Ausblick zur Wirtschaft

Als Vertreter eines Ministeriums, in dem Wirtschaft und Arbeit vereint sind, sollen im folgenden der Stand im Transformationsprozeß und Schwerpunkte bzw. Probleme der weiteren Arbeit auf den Gebieten Wirtschaft und Arbeit kurz skizziert werden:

In den neuen Ländern ist zwischen 1991 und 1996 das Bruttoinlandsprodukt real um rund 6,8 % gestiegen. In Sachsen waren es 7,2 %.

1996 war in den neuen Ländern allerdings nur ein Wachstum von 2 % zu verzeichnen, in Sachsen waren es 2,6 %.

Diese Entwicklung kommt nicht unerwartet. Die nachlassenden Impulse aus der Bauwirtschaft, die in Ostdeutschland einen dreimal so hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung hat wie in Westdeutschland sowie die allgemeinen Konjunkturprobleme in Deutschland und Schwächen ostdeutscher Unternehmen – darauf wurde in der gestrigen Sitzung hingewiesen – ließen dies erwarten.

Der Abstand in der Wirtschaftskraft konnte gegenüber Westdeutschland bisher nur wenig abgebaut werden, ohne das dies die bisherigen Aufbau-Leistungen schmälert.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen beträgt in Sachsen rund 60 % des westdeutschen Niveaus (1995). Im Bundesgebiet Ost sind es nur 57 %. Der Beitrag der neuen Länder zum Bruttoinlandsprodukt beträgt 9,3 %. Der Bevölkerungsanteil der neuen Länder liegt bei rund 19 %.

Es gibt ein erhebliches Kapitaldefizit in Ostdeutschland. Der Kapitalstock je Einwohner beträgt etwa 50 % des Niveaus in Westdeutschland.

Diese wenigen Werte für zentrale gesamtwirtschaftliche Maßstäbe zeigen in Verbindung mit dem Wissen, daß wir nach der bisherigen Wachstumsdynamik in eine zunehmend labilere Phase kommen, daß Forderungen nach einer Reduzierung der West-Ost-Transferzahlungen zur Förderung von Investitionen oder des Abbaus von Förderpräferenzen für Ostdeutschland der Situation nicht im geringsten angemessen sind.

Notwendigkeit und Umfang der finanziellen Hilfen an die neuen Bundesländer wurden in der westdeutschen Öffentlichkeit und auch von der westdeutschen Wirtschaftspolitik bisher fast ausschließlich unter dem verteilungspolitisch geprägten Solidaritätsgesichtspunkt gesehen und gewertet. Eine solche Sicht ist verzerrt:

1. Die finanziellen Hilfen Westdeutschlands für die neuen Bundesländer sind zweifellos ein Akt der Solidarität. Einschließlich der Ausgaben für reine Bundesaufgaben sind im Zeitraum 1991-1996 von Westdeutschland rund 780 Mrd. DM netto als Transfermittel zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern bereitgestellt worden. Das waren rund 5 % des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes.
2. Diese Leistung wird ohne jede Einschränkung dankbar anerkannt. Sie wurde gewährt, ohne daß diese Hilfe im Grunde von westdeutscher Seite jemals in Frage gestellt worden wäre.
3. Ökonomisch betrachtet sind diese Hilfen jedoch nicht nur und nicht einmal in erster Linie ein Akt der Solidarität:

Eine weitgehende Abwanderung ostdeutscher Arbeitskräfte zu westdeutschen Arbeitsplätzen wäre – selbst wenn diese in ausreichendem Maße vorhanden wären – langfristig gesamtwirtschaftlich unzweckmäßig. Der mögliche Zuwachs an Produktivität würde auf Dauer hinter den sozialen Zusatzkosten einer solchen „Völkerwanderung“ – insbesondere im Wohn- und Siedlungsbereich – zurückbleiben. Investitionen in Ostdeutschland lassen auf der Grundlage der hier vorhandenen Grundausstattung aus Infrastruktur und Humankapital für einen längeren Zeitraum höhere gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwächse als in den alten Bundesländern erwarten. Die finanziellen Hilfen aus Westdeutschland sind insoweit Investitionen in den Standort Deutschland.

4. Der Umfang der Finanztransfers hat dort seine Grenze, wo er über eine mittelfristige Abschwächung der Leistungsanreize in Westdeutschland die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate zu beeinträchtigen droht.

Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

In Ostdeutschland waren bzw. sind 3 Prozesse, die gleichzeitig ablaufen, zu bewältigen.

Erstens ging es um die Umwandlung einer zentralistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft. Das Handeln der Menschen mußte von den Beschränkungen durch den demokratischen Zentralismus (Diktatur des Proletariats) befreit werden – selbstverantwortliches Handeln war gefragt.

Zweitens: 1989 ging die Wirtschaft in den alten Ländern auf eine Rezession zu. Durch den Boom der Wiedervereinigung wurde diese Problem überspielt, gleichzeitig konnte man von den eigentlichen Ursachen wegschauen, sie existierten aber weiter.

Drittens: Die Phase der Wiedervereinigung Deutschlands und des Aufbaus in den Ländern fällt in eine Zeit grundlegender Umwälzungen in den frühindustrialisierten Ländern.

Es gibt eine Reihe von empirisch nachweis- und belegbaren Sachverhalten, die in das öffentliche Bewußtsein bisher kaum eingedrungen sind:

Das Arbeitsvolumen pro Kopf der Wohnbevölkerung nahm in Westdeutschland in den letzten 20 Jahren um 1/10 ab. Zugleich stieg das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um rund 2/3.

Es gibt eine zügige Ersetzung von Erwerbsarbeit durch Wissen und Kapital (Produktionsfortschritt).

Zugleich bewirkt eine voranschreitende Internationalisierung (Globalisierung) vielfältigste Veränderungen in der Arbeitswelt. In den letzten Jahren sind durch die technische Entwicklung Arbeitskräfte weltweit verfügbar, ebenso können heute fast genauso rasch Produktionsstandorte verlagert werden.

Die Verminderung des Arbeitsvolumens trifft die Erwerbsbevölkerung unterschiedlich, vor allem im Bereich der abhängigen Beschäftigung. Die Zahl der Nichtnormarbeitsverhältnisse (u. a. Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Zeitarbeit, Scheinselbständigkeit) hat zugenommen.

Die Folgen der Ersetzung von Norm- durch Nichtnormarbeitsverhältnisse sind

- eine ungleiche Verteilung von Erwerbs- und daraus abgeleiteten Transfereinkommen (z.Z. in Deutschland ca. ¼ Nichtnormarbeitsverhältnisse); Nettoarbeitsentgelte steigen kaum noch, sie sinken teilweise,
- eine steigende Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung zum Ausgleich von Einkommensverlusten.

Diese Entwicklungen treffen zusammen mit:

- den Folgen der Individualisierung (Bildungsexpansion, kollektiver Wohlstand, räumliche und soziale Mobilität, weitgehende zivile, politische und soziale Grundrechte), die Individualisierung führt zu einer hohen Erwerbsbeteiligung (Frauen),
- hohen Zuwanderungsüberschüssen

1989-1994 hatte Deutschland bei Ausländern ein positives Wanderungssaldo von 2,2 Mio. Personen. Dazu kommen rund 1,3-1,4 Mio. Aussiedler sowie statistisch nicht erfaßte Größen für Grenzpendler und EU-Bürger, die im Rahmen von Werkverträgen in Deutschland tätig sind.

- einer Situation in Ostdeutschland, in der ungleich geringere Vermögen als in Westdeutschland vorhanden sind, in der es teilweise DDR-tradierte Erwartungshaltungen hinsichtlich des Anspruchs auf Arbeit an den Staat gibt (dies wurde in den letzten Jahren und auch heute noch durch umfangliche Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt gestützt),
- dem Wegfall originär systemgebundener Arbeitsplätze in Ostdeutschland (420.000 bis 480.000) und dem Wegfall von Arbeitsplätzen in Westdeutschland vor allem durch die Beendigung des kalten Krieges, insgesamt

dürften es mindestens 850.000 Arbeitsplätze sein, die durch die Wiedervereinigung und Beendigung des kalten Krieges entfallen sind und

- einem in Ost und West zu beobachtenden Mangel wirtschaftlichem Sachverstand.

Lösungswege: Es gibt keinen Königsweg, insofern werden die von Herrn Dr. Schmachtenberg hervorgehobenen Vorschläge des IAB zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 skeptisch betrachtet.

Allein die Forderung, Überstundenarbeit um über 50 % zu reduzieren, scheint unrealistisch. Mehr als 2/3 aller Überstunden werden in kleineren Unternehmen erbracht. Gerade in diesen Unternehmen gibt es hinsichtlich der weiteren Aufträge viele Unsicherheiten.

Es gibt von Seiten der Kunden einen enormen Anpassungsdruck an die Unternehmen, d. h. sie müssen sehr schnell und flexibel reagieren können. Auch andere Vorschläge des IAB scheinen in Zukunft nicht umsetzbar, weil man sich in der Gesellschaft noch nicht bewußt ist, daß diese Dinge umgesetzt werden müssen.

Alle, d. h. Politik und Bevölkerung müssen die veränderte Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen. Überkommene Sicht und Verhaltensweisen müssen geändert werden, z. B.:

- Vorbehalte gegen einfache Dienste existieren weiter (es sind ja andere da z. B. die Ausländer).
- Die geringe Bereitschaft zur Selbständigkeit und Eigenverantwortung muß überwunden werden.
- Die bisherige Fixierung auf Erwerbsarbeit als wichtigste sinnstiftende Tätigkeit, die zugleich mit höchsten Ansprüchen an die Erwerbsarbeit verbunden ist, muß angesichts des grundsätzlichen Trends zur Verringerung des Arbeitsvolumens aufgelöst werden.
- Wir müssen lernen, mit Unterschieden umzugehen.

Anders formuliert: Subjektive Sicht- und Verhaltensweisen müssen wieder mit dem objektiv vorhandenen Handlungsrahmen (Demokratie, technischer Wandel, Globalisierung) in Übereinstimmung gebracht werden.

Schlußfolgerungen für die Politik, insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik, sind:

1. Die Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft (Arbeitskostensenkung, Steuersenkung, Qualifizierung, Flexibilisierung usw.) müssen fortgeführt werden, wobei aber klar sein sollte, daß dies nicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen wird.

2. Es wird ein neues Verständnis von Unternehmer und Unternehmertum benötigt (mit einer entsprechenden Wissensvermittlung muß bereits in der Schule begonnen werden).
3. Die Umverteilung von Arbeitszeit kann partiell richtig sein und sollte gefördert werden, sie ist aber in ihrer Wirkung begrenzt. Umverteilung von Arbeitszeit könnte nur im Sinne von Lebensarbeitszeit erfolgen.

Es muß zu einer „Auflockerung“ des klassischen Berufslebens kommen z. B. durch Ansätze der gesellschaftlichen Aufwertung und materiellen Absicherung von Alternativen wie freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr, Aktion 55 in Sachsen.
4. Die vorhandenen Ansätze zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik müssen ausgebaut werden.
5. Es ist dringend erforderlich, Familien und kleine Lebenskreise zu fördern. Die Gesellschaft wird niemals das leisten können, was Familien und kleine Lebenskreise leisten können.
6. Das Problem der Zuwanderung darf nicht weiter tabuisiert werden. Man sollte die strukturellen Veränderungen in der Zuwanderung, wie sie sich seit einigen Jahren zeigen, zur Kenntnis nehmen.
7. Die Wirksamkeit sozialer Sicherungssysteme und ihre Finanzierbarkeit müssen vorurteilslos geprüft werden.
8. Der Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern sollte unbedingt fortgesetzt werden. Wesentlich ist dabei auch, daß von einheitlichen Befunden aus diskutiert wird.

Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Als letzter in dieser Runde, Herr Professor Schmidt bitte.

Professor Dr. Reinhard Schmidt: Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich von ganzem Herzen bedanken für die Ernsthaftigkeit, mit welcher die Enquetekommission hier drei Tage lang zu Werk gegangen ist. 23 Stunden Sitzungsdauer sind keine Kleinigkeit. Als Außenstehender und Gast konnte ich das Ringen dieser Kommission um Problemlösungen ganz nah erleben. Doch alle Bemühungen in Ehren, diese Enquetekommission kann die Probleme nicht allein lösen. Hier hat der Montag Nachmittag einen bitteren Beigeschmack hinterlassen. Ich finde, daß die mit gesellschaftlichen Entwicklungen befaßten Wissenschaften für den Bundestag und die Bundesregierung zu wenig Vorarbeit leisten. Es zeigt sich, daß gegenwärtig die Universitäten mit Recht in die Kritik geraten sind. Ich will hier gern als Nestbeschmutzer fungieren. Was meine ich mit dieser Behauptung? Ein Beispiel soll das belegen.